

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © Peter Williams/AVCC

Die Kommission für Weltmission und Evangelisation des Oekumenischen Rates der Kirchen (CWME) versammelte unter dem Motto „Gemeinsam auf dem Weg des Lebens, berufen, die Hoffnung in Christus zu leben“ rund zweihundert Delegierte, Berater und Vertreter von Kirchen und Missionsorganisationen Ende März in Manila, Philippinen. Dabei wurde eine neue Missionserklärung diskutiert, die die Kommission der kommenden Vollversammlung des OeRK 2013 in Busan vorlegen wird. Danach ist der Ausgangspunkt der Mission die ganze Schöpfung Gottes. Ein zentraler Begriff ist die transformative Spiritualität. Die Rolle der Evangelisation wird in der Erklärung bekräftigt, insbesondere im Zusammenhang mit dem interreligiösen Dialog und dem bereits vereinbarten Verhaltenskodex. Auf der Zusammenkunft wurde auch die Realität auf den Philippinen wahrgenommen: Entführungen oder Ermordung von Aktivisten und Kirchenältesten, die sich für Menschenrechte und Schonung natürlicher Ressourcen einsetzen und die zunehmende Militarisierung der Region kritisieren. Die Erklärung ist in englischer Sprache abrufbar unter www.oikoumene.org.

Wachsende Christenheit im globalen Süden: Kirchen betonen Partnerschaft

Angesichts der wachsenden Christenheit im globalen Süden des Planeten braucht es eine echte Partnerschaft bei Mission und Evangelisation, betonten afrikanische und asiatische Delegierte auf einem Treffen des Weltkirchenrates in Manila. „Wir würdigen, dass das Wachstum der Christenheit im Süden, in Afrika und Asien, das Ergebnis erfolgreicher Mission durch den Norden ist“, so Pfr. Opoku Onyinah vom ghanaischen Pentecost Bible College. Auf der Tagung der OeRK-Kommission für Weltmission und Evangelisation unterstrich Onyinah, dass die besondere Wertschätzung persönlicher religiöser Erfahrungen vielen Kirchen in Afrika geholfen hätten zu wachsen. „Doch wie der Norden Missionare für seine eigene Arbeit aus dem Süden braucht, so brauchen wir weiter-

hin die Partnerschaft zwischen unseren Kirchen. Die Kirchen des Nordens können zum Beispiel bei der theologischen Ausbildung für die Mission und die Evangelisation helfen. Das ist ein Bereich, bei dem es in vielen Pfingstkirchen noch Defizite gibt.“ Der römisch-katholische Bischof von Lungsod Quezon auf den Philippinen, Antonio Tobias, der ebenfalls an dem Treffen des Weltkirchenrats teilnahm, stimmte zu: „Unsere Partnerschaft ist nötiger denn je: Wir sind neu aufgerufen zur Evangelisation; der Vatikan erwartet von uns“, so der Bischof, „dass wir einige unserer Missionare in den Norden schicken.“

Im Entwurf einer Erklärung zu Mission und Evangelisation unterstreicht die Kommission des Weltkirchenrats, dass die weltweite Missionsbewegung heute vom Süden und Osten ausgeht. Der Text wurde dem Treffen der Kommission auf den Philippinen vorgelegt. Das Dokument soll dann auf der

AUS DEM INHALT

Migration weltweit:
Christen stellen die Hälfte

Oekumenischer Rat:
In Finanznöten

Globales Christliches Forum:
Beziehungen zu Rom vertieft

Panama:
Gewaltsame Landkonflikte

USA:
Hoffnung auf ökumenischen
Frühling

Rio+20-Gipfel:
Ethische Prinzipien notwendig

Australien:
Indigene stellvertretende Bischöfin
unterstützt Versöhnung

Waffenhandel:
Weltkirchenrat für wirksames
Abkommen

Aus Netzen und Bewegungen

Rhein-Mosel-Saar:
Rohstoffe – Zeit zur Wende

Westfalen:
Gospel und Pilgern

Württemberg:
Möglichkeiten einer solidarischen
Ökonomie

Basisprojekt:
Oekumenische Versammlung 2014

Friedensgebetsgruppen:
Gerechter Frieden mit der Erde –
damit das Leben erhalten wird

Akademie Solidarische Ökonomie:
„Das Ende der Herrschaft des
Geldes“

Versöhnungsbund:
Entschädigungen für Opfer des
Irak-Krieges

10. Vollversammlung des OeRK in Busan (Südkorea) 2013 beschlossen werden. Ziel der Erklärung ist ein erneuertes Nachdenken über Mission und Evangelisation. Es soll die Positionierung aus dem Jahr 1982 fortschreiben. Unter dem Titel: „Zusammen unterwegs zum Leben: Mission und Evangelisation unter veränderten Bedingungen“ betonen die Teilnehmenden die Notwendigkeit, sich der Dynamik, den Veränderungen und der neuen Vielfalt positiv zuzuwenden und dies auch in der neuen Erklärung deutlich erkennbar werden zu lassen. „Die neue Erklärung gibt uns die Möglichkeit, die Kirchen weltweit dazu anzustoßen, sich mit jenen Kräften zu befassen, die die Menschen versklaven und dagegen die Kraft der Mission und des Evangeliums zu stellen“, sagt Roderick Hewit, aus Jamaika stammender ehemaliger Moderator des Weltmissionsrates. Ein zentraler Begriff der noch nicht ins Deutsche übersetzten Erklärung ist die transformative Spiritualität. Für den Generalsekretär des OeRK, Pfr. Olav Fykse Tveit, stellt die Erklärung einen wichtigen Beitrag dar für die nächste Vollversammlung unter dem Gebetsmotto „Gott des Lebens, führe uns zu Gerechtigkeit und Frieden“.

„Zusammen unterwegs zum Leben: Mission und Evangelisation unter veränderten Bedingungen“

Auszüge aus „Together towards life: mission and evangelism in changing landscapes“ in englischer Sprache:

Proposal for a new WCC Affirmation on Mission and Evangelism. Toward WCC's 10th Assembly in Busan, Korea, 2013. Submitted by the Commission on World Mission and Evangelism (CWME).

Transformative Spirituality

„32. Mission spirituality is always transformative. God's Spirit has the power to provoke and sustain the movement that goes from situations of death to new life in Christ. As Mary, the mother of Jesus Christ testified, „the Mighty One lifts up the lowly and downtrodden“. But at the same time God „scatters the proud and brings down the powerful from their thrones“ (Luke 1:46-55). In the context of global imperialism – especially in the form of the hegemonic power of economic globalization – this self-emptying spirituality is a challenge to both the victims and perpetrators of systemic violence and injustice. In his struggle to reconcile Jews and Gentiles and other factions, the apostle Paul declared that „God's power is made perfect in weakness“ (2 Corinthians 12:9; 1 Co-

rinthians 2:3-5) and the treasure we have is „in earthen vessels, to show that the transcendent power belongs to God and not to us“ (2 Corinthians 4:7, RSV). The church's mission is to empower the powerless and to challenge the powerful to empty themselves of their power and privileges for the sake of the disempowered.“

„124. We affirm that spirituality is the source of energy for mission and that mission in the Spirit is transformative. Thus we seek a re-orienting of our perspective between mission, spirituality and creation. Mission spirituality that flows from liturgy and worship reconnects us with one another and with the wider creation. We understand that our participation in mission, our existence in creation and our practice of the life of the Spirit are woven together for they are mutually transformative. Mission that begins with creation invites us to celebrate life in all its dimensions as God's gift.“

Oekumenischer Rat: In großen Finanznöten

Der Oekumenische Rat der Kirchen kämpft mit einer schweren Finanznot. Nun sollen fehlende dreißig Millionen Schweizer Franken hereingeholt werden durch die Entwicklung und anschließende Vermarktung eines Teils der Immobilie des Oekumenischen Zentrums in Genf. Diskutiert werden zwei Möglichkeiten: Das bestehende Gebäude zu renovieren oder auf dem Gelände etwas komplett Neues zu bauen.

Das Defizit in der Größenordnung eines Jahresetats des Oekumenischen Rates errechnet sich vor allem aus einer Deckungslücke von etwa 30% beim Pensionsfonds. In ihn hatten einmal über 350 Mitarbeitende einbezahlt, jetzt sind es 135. Ihre Zahl wird weiter sinken. Die für die Aufsicht über die Pensionskassen zuständigen Schweizer Behörden haben den OeRK aufgefordert, Schritte zum Abbau des Defizits zu unternehmen. Eine Deadline gibt es jedoch dafür nicht. Der OeRK versucht nach der Defizitbeseitigung von einem großen Schweizer

Pensionsfonds aufgenommen zu werden. Die Schieflage bei den Einnahmen des Oekumenischen Rates hatte sich noch verstärkt durch den Wechselkurs des Schweizer Franken, Rückgänge bei den Einnahmen aus Finanzanlagen sowie bei den Mitgliedsbeiträgen der Kirchen. Wenn auch die Anzahl der Kirchen steigt, die einen Beitrag leisten, können nicht alle Geld transferieren. Bei den Kirchen aus armen Weltregionen darf eine geringe Motivation angenommen werden, einen Mitarbeiterstab in der Schweiz auf dortigem Einkommenslevel zu finanzieren. Obwohl die Zuflüsse aus den deutschen Kirchen über die EKD und den Evangelischen Entwicklungsdienst zurückgegangen sind, hat ihr prozentualer Anteil an den tatsächlichen Gesamteinnahmen des OeRK zugenommen und liegt bei über einem Drittel, gibt EKD-Auslandsbischof Schindehütte zu bedenken. Die EKD ist nach wie vor der wichtigste Beitragszahler. Der OeRK bleibt trotz des sich fortsetzenden Rückgangs seiner Finanzkraft der repräsentativste Zusammenschluss von Kirchen. Er werde weiter gebraucht, um in Deutschland und Europa den Blick zu weiten sowie vor Provinzialität zu schützen.

Die Vollversammlung des OeRK wird 2013 wie geplant in Busan stattfinden. Die Kirchen in Südkorea leisteten hierfür einen bedeutenden Beitrag, so Generalsekretär Olav Fykse Tveit. Für das Jahr 2012 sollen die Mitarbeiter des OeRK vor allem die Vollversammlung in Busan vorbereiten. Künftig solle die Programmarbeit noch weitergehend mit den Kirchen vor Ort und anderen ökumenischen Partnern abgestimmt werden. Die ökumenische Zentrale befinde sich in Genf, aber die Stärke bestehe im globalen Netzwerk. Die Aktivitäten werden sich künftig stärker auf Kooperationen der Kirchen untereinander konzentrieren. Die hauptamtlichen Mitarbeiter in Genf können dabei mit ihrer Expertise helfen und Netzwerke bilden, die wechselnde Themenfelder bearbeiten. Im Oekumenischen Zentrum am Standort Genf bietet sich eine vermehrte Aufgabenteilung mit den konfessionellen Weltbünden an. Eine Herausforderung stellt der Einsatz von

neuen Kommunikationstechnologien wie Videokonferenzen sowie eine systematische Mobilisierung des Potentials an möglicher ehrenamtlicher Arbeit dar.

Die Schwierigkeiten des Oekumenischen Rates fallen zusammen mit der sich in einem Abschwung befindlichen sog. christlich-abendländischen Welt des Westens, die einhergeht mit weiterer Säkularisierung in Industriestaaten. Während die Kirchenmitgliedschaften bei traditionellen Konfessionen stagnieren, nehmen sie bei ökumenefernen charismatischen und evangelikalen Bewegungen zu. Zugleich verschieben sich die weltweiten wirtschaftlichen und politischen Gewichte



Das Gelände des Oekumenischen Rates der Kirchen in Genf

weg von einem US-amerikanisch bestimmten Zentrum. Während sich die auf einer neoliberalen Ideologie basierende Wirtschaftsweise als nicht zukunftsfähig erweist, wächst die Notwendigkeit für ein engeres Zusammenwirken der christlichen Kirchen auf weltweiter Ebene.

Olav Fykse Tveit betonte bei einer Veranstaltung in Trier, die strategische Zusammenarbeit erfordere den starken „Willen, bei einander zu bleiben und Einheit anzustreben“, und fügte hinzu: „Unser Ziel muss die sichtbare Einheit bleiben.“ „Einheit unter den Kirchen ist eine Gabe Gottes und eine Berufung, die wir annehmen müssen, damit die Kirchen das lebendige Geheimnis, Zeichen und Instrument des kommenden Gottesreiches sind und durch ihr wahres Sein zu Versöhnung und Heilung in der Welt beitragen, die unter Ungerechtigkeit, Krieg und Umweltzerstörung leidet“, erklärte der OeRK-Generalsekretär.

Migration weltweit: Christen stellen die Hälfte

Die Hälfte der weltweit rund 214 Millionen MigrantInnen, derjenigen also, die das Land ihrer Geburt verlassen haben und nun zumindest mehr als ein Jahr in einem anderen Land leben, sind Christen. Laut einer Studie des Washingtoner „PEW Research Center's Forum on Religion and Public Life“ vom März 2012 unter dem Titel „Glauben im Wandel: Religiöse Zugehörigkeit der Migranten weltweit“ sind ca. 106 Millionen von ihnen ChristInnen, insgesamt 49 Prozent. Mit rund 60 Millionen stellen die MuslimInnen die zweitstärkste Gruppe, etwa 27 Prozent. Werden die Zahlen in Beziehung auf die Gesamtgröße der jeweiligen Religionsgemeinschaften verglichen, dann stellen Juden die größte Gruppe: bei ihnen sind es 25 Prozent, die nicht mehr im Land ihrer Geburt leben, für fünf Prozent der Christen und vier Prozent der Muslime gilt das gleiche. Unter drei Prozent der anderen Gruppen gehören weltweit zu Migrantengemeinden und sind so deutlich unterrepräsentiert. So stellen Hindus, obwohl sie zwischen zehn und fünfzehn Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, nur etwa fünf Prozent der Migranten.

Der vollständige Bericht ist nachlesbar unter www.PEWforum.org

Globale Entwicklungen: Christentum wird afrikanischer

Gegenwärtig bekennen sich 2,18 Milliarden Menschen zum Christentum. Darunter stammen immer mehr aus sog. Entwicklungsländern und immer weniger aus den traditionellen Hochburgen der Christenheit. Das ist Ergebnis der bislang wohl umfassendsten und verlässlichsten Studie über das „Weltweite Christentum“. Sie wurde vorgelegt vom Washingtoner PEW Research Center. Die Studie belegt auch Veränderungen, die sich seit 1910 vollzogen haben, als Zwei-

drittel aller Christen in Europa lebten. Heute sind es nur noch 25 Prozent. Von den restlichen leben 37 Prozent in Nord- und Südamerika, 24 Prozent in den Staaten südlich der Sahara und 14 Prozent im asiatisch-pazifischen Raum. In zwei von drei Staaten der Erde bekennt sich die Mehrheit der Bevölkerung zum Christentum, so Conrad Heckett, der Forschungsleiter des Instituts. 32 Prozent der Weltbevölkerung bekennen sich der Studie nach zum Christentum, 23 Prozent zum Islam. Einige Einzelergebnisse der Untersuchung zeigen Überraschendes: Entstanden im Nahen Osten, sind es heute in dieser Region nur noch vier Prozent, die sich zum Christentum zählen. In den Staaten südlich der Sahara rechneten sich 1910 gerade einmal neun Prozent zum Christentum, heute sind es rund 63 Prozent. In Nigeria, einem Land mit rund 80 Millionen ChristInnen, leben mehr ProtestantInnen als in Deutschland, dem Land der Reformation. Verstanden sich 1910 in Europa noch 94 Prozent der Menschen als ChristInnen, so sind es heute noch etwa 76 Prozent; der Kontinent ist religiös vielfältiger geworden. Als besonders schwierig erwies sich die Frage nach verlässlichen Zahlen für die Volksrepublik China, deren Führung nicht dazu ermutigt sich als Christ zu bekennen. Die PEW-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass etwa fünf Prozent der Einwohner Chinas, also ca. 67 Millionen, als Christen zu gelten haben.

Globales Christliches Forum: Beziehungen zu Rom vertieft

Das „Globale Christliche Forum“ (GCF), eines der jüngsten ökumenischen Unternehmungen, hat sich Ende Januar 2012 mit Verantwortlichen des Vatikans getroffen. Die Einladung zum Austausch mit dem Päpstlichen Rat für die Einheit der Christen sei ein Ausdruck der Vertiefung des gemeinsamen Bemühens um die christliche Einheit, so Pfr. Larry Miller, zuvor Generalsekretär der Menonitischen Weltkonferenz, der 2012 seine Aufgabe als Generalsekretär des GCF übernommen hat. „Unsere Beziehung zur Katholischen Kirche hat für uns höchste Bedeutung und spiegelt für uns das Bestreben auf der gemeinsamen Reise mit Jesus Christus weiter zu gehen“, so Miller. Im GCF ist das momentan breiteste Bündnis christlicher Traditionen weltweit versammelt: der Weltkirchenrat, die Weltweite Allianz der Evangelikalen und das Welt-Pfingst-Forum gehören ebenso dazu, wie der Päpstliche Rat für die Einheit der Christen. Nach den Welttreffen in Kenia 2007 und in Indonesien 2011 geht es jetzt darum, den bisherigen Weg zu reflektieren und ChristInnen aus allen Traditionen, weltweit, regional und lokal zusammen zu bringen. Anlässlich der Teilnahme an der Vesper zum Ende der Gebetswoche für die Einheit der Christen in der Patriarchalbasilika St. Paul außerhalb der Mauern, wurde die Delegation durch Benedikt XVI. begrüßt.

Panama: Gewaltsame Landkonflikte

Kirchenführer haben zu einem Gewaltverzicht und zu besonnenem Verhalten aufgerufen, nachdem die Regierung des Landes Kupferminen und Dammprojekte auf dem Land des indigenen Volkes der Ngöbe-Buglé genehmigt hat. Das heftig umstrittene Wasserkraftprojekt Barro Blanco, das im Rahmen des UNO-Klimakompensationsprogramms bewilligt wurde, behindert weiterhin die laufenden Friedensgespräche zwischen der Regierung von Panama und dem indigenen Volk der Ngöbe-Buglé über ein Gesetz, das Bergbau- und Wasserkraftprojekte in indigenen Gebieten verbieten soll. Umweltschutzgruppen in aller Welt fordern, Barro Blanco die Konzession zu entziehen und das Projekt aus dem Klimakompensationsprogramm auszuschließen. Bei kürzlichen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und indigenen Demonstranten gegen Pläne der Regierung, auf ihrem Territorium eine riesige Kupfermine und Wasserkraftanlagen zu errichten, starben mindestens zwei Menschen, und mehr als hundert wurden verletzt und festgenommen. Die Ngöbe-Buglé, die größte indigene Bevölkerungsgruppe in Panama, fordern den Schutz ihrer Rechte und Ressourcen durch ein Gesetz, das Bergbau- und Wasserkraftprojekte verbietet, die ihre Gebiete beeinträchtigen.

Diese Gebiete werden von der Regierung in Panama als Gemeineigentum des indigenen Volkes der Ngöbe-Buglé gesetzlich anerkannt. Die Ngöbe-Buglé verlangen, dass alle Konzessionen, die ohne ihr Einverständnis erteilt wurden, einschließlich des umstrittenen Wasserkraftprojekts Barro Blanco, widerrufen werden.

Der Präsident der Evangelical Alliance of Panama, Pfr. Rolando Hernandez, hat dazu aufgefordert, den Dialog im Geist der Toleranz und des Friedens wieder aufzunehmen, nachdem es bei den Protesten Tote gegeben hatte.

USA: Hoffnung auf einen ökumenischen Frühling

Zehn Jahre nach der Gründung des US-amerikanischen ökumenischen Bündnisses Christian Churches Together (CCT) mehren sich die Anzeichen, das sich nach langen Jahren eines ökumenischen Winters die Situation der Oekumene in den USA verbessern wird.

Am Rande einer gemeinsamen Pilgerfahrt zu den Stätten der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, zu der Katholiken, Orthodoxe und Protestanten, Weiße wie Nicht-Weiße, sich gemeinsam aufgemacht hatten und bei der es auch um die Pläne für die 50-Jahrfeier von Martin L. Kings „Brief aus einem Gefängnis in Birmingham“ geht, erklärte Pfr. Stephen J. Sidorak jr., Oekumenebeauftragter der United Methodist Church,

er hoffe auf einen Neubeginn, gerade weil noch gar nicht klar sei, wohin er führen werde. Trotz Schwierigkeiten habe die ökumenische Bewegung das Potential zu größerer Lebendigkeit denn zuvor, weil sie in höherem Maß inklusiv sein werde. Ein ökumenischer Frühling könne dem ökumenischen Winter folgen.

Der USA-Oekumene machten jüngst noch theologische Differenzen zu schaffen, dazu Leitungsstreit, Finanzprobleme und die Frage nach der Selbstdefinition. Sie hat dabei an organisatorischer Präsenz verloren:

Der Nationale Kirchenrat (NCC), das eigentliche Flaggschiff der US-Oekumene, verfügt gerade noch über 20 Hauptamtliche. In den 1960er Jahren waren es 400. Nach dem Rücktritt seines Generalsekretärs, Pfr. Michael Kinnamon, zum 31. Dezember 2011, wird nun ein „Übergangsgeneralsekretär“ gesucht.

Das Netzwerk Churches Uniting in Christ (CUIC), das in den 1960ern entstand, hat bereits 2010 sein Büro geschlossen.

Christian Churches Together (CCT) sucht nach einer neuen Leitung, nachdem der nebenamtliche Direktor zurückgetreten ist. Auch wenn zur Mitgliedschaft Kirchen aus katholischer, orthodoxer und protestantischer Tradition gehören, tun sie sich dennoch schwer, Akzeptanz unter den historischen ethnischen „rassenbezogenen“ Kirchen des Landes zu finden.

Nach Überzeugung erfahrener Oekumeniker muss eine Bewegung, die auf schwerfälligen Bürokratien aufgebaut wurde, nun einen Weg finden, auch im 21. Jahrhundert lebendig zu bleiben. „Es ist in etwa so, wie ein Postamt am Laufen zu halten“, fasste es Pfr. Wesley Granberg-Michaelson zusammen, emeritierter Generalsekretär der Reformierten Kirche in den USA. Zu den Veränderungen gehört auch der Wandel im Gebrauch des Begriffs „Oekumene/ökumenisch“. Einige, die zwischenkirchlichen Beziehungen gegenüber sehr zurückhaltend waren, verbanden mit dem Wort eine „liberale“ Haltung oder die Furcht, eigene theologische Unterscheidbarkeit aufgeben zu müssen.

Neville Callam, Generalsekretär des Baptistischen Weltbundes, meinte, dass sich manche Baptisten schwer täten mit dem Begriff. „Viele mögen den Begriff noch immer nicht, aber zugleich wächst das Verständnis für das Konzept.“ Die Teilnahme von Evangelikalen und Pfingstlern wächst in den organisierten Zusammenhängen und in den Ad-hoc-Bündnissen, die sich bestimmten Problemen widmen, etwa der Armut. „Wenn wir die Fragen der Sexualität in all ihren Facetten außen vor lassen, dann zeigt sich, dass wir in der Tat sehr viel gemeinsam haben“, erklärte Hamm, ehemaliger Präsident der Christian Church (Disciples of Christ). Dabei verwies er als Beispiel auf die letztjährige Initiative in Washington, die sich für die Beibehaltung der Programme gegen Armut und gegen die Budgetkürzungen der Bundesregierung ge-

wandt hatte. Zu dieser Initiative gehörten die Präsidenten des NCC ebenso, wie die der National Association of Evangelicals, aber auch die Leitung der US-amerikanischen katholischen Bischofskonferenz oder die Gruppen der Afroamerikaner und der Hispanics. Nach Überzeugung von Leith Anderson, dem Präsidenten der National Association of Evangelicals, ist es wichtiger, sich auf ökumenische Kooperation mit gemeinsamen praktischen Anliegen zu konzentrieren, als um des bloßen Gesprächs willen zusammenzukommen.

Rio+20-Gipfel: Ethische Prinzipien notwendig

Das vorbereitete Abschlussdokument für die UNO-Konferenz über nachhaltige Entwicklung vom 20.–22. Juni in Rio de Janeiro, den sog. Rio+20 Gipfel, ist nach Angaben von Guillermo Kerber, dem Programmverantwortlichen der OeRK-Kommission für die internationalen Beziehungen, sehr schwach. Es müsse um ethische Prinzipien ergänzt werden, aus denen sich eine stärkere Verpflichtung zur Gerechtigkeit, Rechenschaftspflicht und Menschenrechten ergebe. „Die Konferenz muss beschließen, dass die Achtung der Menschenrechte zu einem zentralen Mechanismus wird, Regierungen und Privatwirtschaft für ihr Handeln rechenschaftspflichtig zu machen. 20 Jahre nach dem historischen Erdgipfel im Jahr 1992, der die Umweltfragen auf die weltweite Agenda gesetzt hat, soll sich die Konferenz 2012 mit Fragen einer sog. „Grünen Ökonomie“ und institutionalisierten Regelungen für nachhaltige Entwicklung befassen. Seitens kirchlicher Vereinigungen, wie zum Beispiel dem Lutherischen Weltbund, der sich mit einer Eingabe an der Diskussion beteiligt, ist bei den anstehenden Fragen auch die Forderung nach Gerechtigkeit in die Debatte einzubeziehen. Der Zusammenhang zwischen Umweltfragen, Menschenrechten und einer nachhaltigen Entwicklung müsse wahrgenommen werden.“

China: Freilassung und Pensionsangebot

Der stellvertretende Leiter des Untergrundnetzwerkes der protestantischen Kirchen in China, der im letzten Jahr verhaftet und in ein Arbeitslager gesteckt worden war, wurde zu Beginn des Jahres 2012 freigelassen. Pastor Shi Enhao erhielt seine Freiheit zurück, nachdem er sechs Monate der im Juli 2011 verhängten eigentlich 24monatigen Strafe abgebußt hatte. Shi, Vizepräsident der Chinese House Church Alliance, wurde vorgeworfen illegale Treffen und Örtlichkeiten für religiöse Zusammenkünfte organisiert zu haben. Möglicherweise, so ChinaAid, sei die Freilassung das Ergebnis internationalen Druckes gewesen.

Inmitten der Spannungen im besetzten Tibet hat die chinesische Regierung nun

angekündigt, buddhistischen Mönchen und Nonnen eine Pension zu zahlen. Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua, werde einer Gruppe von 37 Mönchen in der Hauptstadt Lhasa jetzt eine monatliche Summe von umgerechnet zwölf Euro ausbezahlt.

Nach den offiziellen Angaben werde damit zum ersten Mal in der 1300jährigen Tradition des tibetischen Buddhismus den Klerikern seitens der Lokalregierung eine Pension gewährt. Nach Angaben der chinesischen Sozialbehörden hätten Mönche, die älter als 60 Jahre seien, Anspruch auf die Zahlung. Insgesamt handelt es sich um etwa 1900 Personen.

Die Höhe der Leistung beträgt dabei mehr als das Doppelte wie für normale Dorfbewohner in dem von China widerrechtlich annektierten Hochgebirgsland. Darüber hinaus werde Klöstern, die ihren Angehörigen das Mindestgehalt zahlen wollten, staatliche Unterstützung versprochen. Diese Zusagen stehen im Kontext von mindestens vier Selbstverbrennungen tibetischer Mönche in den letzten Monaten – von insgesamt wohl 29 seit dem Jahr 2009 – aus Protest gegen die seit 1959 andauernde Besetzung des Landes durch China.

Indien: Scharia-Gericht in Kaschmir

Kirchen in Indien haben sich energisch gegen das Urteil eines islamischen Gerichtes in Kaschmir gewandt, das die Ausweisung eines protestantischen Pfarrers und eines niederländischen katholischen Missionars sowie außerdem staatliche Beaufsichtigung christlicher Schulen verlangt. „Das ist völlig inakzeptabel“, so Samuel Jayakumar, Sprecher des Nationalen Indischen Kirchenrates (NCC), „Indien ist ein säkularer Staat und religiöses Recht muss auf die jeweilige Gemeinschaft beschränkt bleiben. Nach Jayakumar haben Scharia-Gerichte im säkularen Bereich Indiens keine Bedeutung.“

Anfang Januar hatte im mehrheitlich muslimisch bewohnten indischen Teil von Kaschmir, ein islamisches Gericht die Ausweisung eines Pfarrers der Kirche von Nordindien (CNI), Chander Mani Khanna, verfügen wollen, der der Konversion ‚schuldigt‘ sei, sowie vier weiterer Christen.

Nach Ansicht des stellvertretenden Großmuftis von Jammu und Kaschmir, Nasir-ul-Islam, seien Khanna und seine Gruppe schuldig, Unzufriedenheit geschürt und sich unmoralisch verhalten zu haben. Im November war Khanna durch die Bundespolizei verhaftet worden, nachdem muslimische Gruppen ihn wegen der Taufe von fünf Muslimen und eines Hindu verklagt hatten. Nach der Freilassung des Pfarrers setzte das religiöse Gericht jedoch seinen eigenen Prozess fort. „Was uns erstaunt, ist das Schweigen der Regierung“, so Pradeep Kumar Samantroy, Bischof der CNI in Amritsar, „sind wir wirklich ein freies Land?“

Pakistan: Unterstützung für die Rechte religiöser Minderheiten

Die pakistanische Regierung hat auf einer Konferenz in Islamabad zugesichert, die Rechte religiöser Minderheiten in dem mehrheitlich muslimischen Staat zu achten. Die Konferenz fand statt aus Anlass des ersten Jahrestages der Ermordung von Shahbaz Bhatti, des früheren stellvertretenden Ministers für die Angelegenheiten der Minderheiten. „Wir unternehmen alle Anstrengungen, das Bewusstsein für gleiche staatsbürgerliche Rechte, für die Sicherheit, den Schutz, die Ehre, Leben, Freiheit und Eigentum der religiösen Minderheiten zu wahren und zu verbessern,“ erklärte der Ministerpräsident Syed Yusuf Raza Gilani, auf der Tagung, die die All Pakistan Minorities Alliance veranstaltet hatte, eine Organisation, die Bhatti mit ins Leben gerufen hatte. Bhatti, ein 42 Jahr alter Katholik, war am 2. März 2011 in Islamabad erschossen worden. Verschiedenste pakistanische Politiker, darunter auch der Staatspräsident, dessen Grußadresse verlesen wurde, würdigten ihn bei der Konferenz als einen Vorkämpfer für die Rechte religiöser Minderheiten. So habe er dafür gesorgt, dass der 11. August als Minderheitentag begangen wird, es ein Quorum für religiöse Minderheiten im Senat gebe und auch eine Fünfprozent-Quote bei Regierungsstellen.

Australien: Indigene stellvertretende Bischöfin unterstützt Versöhnung

Die erste indigene stellvertretende Bischöfin der Anglikanischen Kirche in Australien, Karen Kime, erklärte, für sie sei die Vertiefung des Gesprächs mit den Gemeinschaften der australischen Ureinwohner zentral sowie die Versöhnung mit der Kirche wie auch mit weiteren Bereichen der Gesellschaft. „Alle Geistlichen haben eine Verantwortung gegenüber den Ureinwohnern“, erklärte sie im australischen Fernsehen, „wir müssen unserem Volk mitteilen, dass es eine Rolle im Leben der Kirche zu spielen hat und anderen helfen, dies auch zu erkennen.“

Der Bischof von Canberra-Goulburn, Stuart Robinson, der Kime ordinierte, sieht in der Weihe ein deutliches Zeichen, dass kirchliche Ämter für Ureinwohner auf der Tagesordnung angekommen seien. Durch Karen Kime sei eine begabte und erfahrene Frau mit dieser Aufgabe betraut worden.

In den Jahren zwischen 1910 und 1970 hatte die australische Regierung im Zusammenwirken mit den Kirchen bis zu 100 000 Kinder der Ureinwohner zwangsweise ihren Eltern weggenommen. Heute wird dabei von der „gestohlenen Generation“ gesprochen. Nach einer Untersuchung durch eine Regierungskommission 1977 haben sich die meisten größeren Kirchen öffentlich entschuldigt und Schritte der Ver-

söhnung unternommen. Die australische Regierung hat sich 2008 bei den Ureinwohnern entschuldigt.

Waffenhandel: Wirksames Abkommen verlangt

In einer Kampagne für einen „wasserdichten“ Vertrag der Vereinten Nationen über Waffenhandel arbeitet der OeRK zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Oxfam und Amnesty International.

Das Fehlen internationaler Regeln für den Handel mit konventionellen Waffen ist mitverantwortlich für den Verlust abertausender Leben jedes Jahr und verhindert die Entwicklung in vielen Ländern der Erde. „Wir brauchen einen Vertrag, der so ambitioniert sein muss, wie nur möglich und der die striktesten Standards vorschreibt“, so etwa Zobel Behalal von einer Entwicklungs-NGO in Frankreich.

Ende Juli soll auf einer Konferenz der Vereinten Nationen ein solcher Vertrag über den Waffenhandel zum Abschluss gebracht werden. Schon im Sommer 2010 hatte in New York die UNO-Vollversammlung die Weichen für ein rechtlich bindendes Abkommen über die Regulierung des milliardenschweren Waffenhandels gestellt, nachdem schon 2006 ein solcher Gedanke erstmalig aufgekommen war. Die 192 Mitgliedstaaten verständigten sich damals während zweiwöchiger Verhandlungen trotz Bedenken einiger Länder im Grundsatz auf einen entsprechenden Vertrag (Arms Trade Treaty/ATT). Es bleibt allerdings abzuwarten, ob im Juli 2012 nach vier Konferenzwochen ein Vertrag über den Waffenhandel unterzeichnet wird, der sich als wirkungsvolles Instrument in der Krisenprävention erweisen kann, und ob die UNO auf diese Weise als Forum der globalen Abrüstung wieder an Bedeutung gewinnt.

Weltkirchenrat: Erklärung über die Notwendigkeit eines starken und effektiven Waffenhandelsabkommens

„Kirchen sind Zeuginnen bewaffneter Gewalt, stehen den Betroffenen bei und haben Teil an dem Leid, das sie verursacht. Millionen Menschenleben werden jedes Jahr durch Waffengewalt gefährdet oder ausgelöscht, rund zwei Drittel in Ländern, in denen angeblich Frieden herrscht. Unzulänglich geregelte Waffenex- und -importe sowie Waffentransfers tragen daran eine Mitschuld. Der gesetzeswidrige und unrechtmäßige Gebrauch von Waffen fördert verschiedene Formen der Gewalt, intensiviert bewaffnete Auseinandersetzungen und untergräbt soziale und wirtschaftliche Entwicklung.“

Zwar wurden in den vergangenen hundert Jahren Fortschritte im internationalen Rechtsschutz von Einzelpersonen und

Völkern gemacht, doch gibt es immer noch kein universelles Abkommen, das den kommerziellen Handel mit konventionellen Waffen kontrolliert. Verpflichtende Rechtsvorschriften sind dringlicher denn je, da tödliche Waffen in einer Zeit, in der die Ausgaben für militärische Zwecke so hoch wie nie sind und der internationale Handel blüht, den Besitzer unter geringeren Kontrollen wechseln als Haushaltsgeräte.

Im Jahr 2009 einigten sich 153 Regierungen – darunter auch die Regierungen der Länder mit dem umfangreichsten Waffenhandel – nach Jahren der Diskussion bei den Vereinten Nationen darauf, über eine „rechtsverbindliche Übereinkunft zur Aufstellung der höchstmöglichen gemeinsamen internationalen Normen für die Einfuhr, die Ausfuhr und den Transfer von Waffen“ zu verhandeln. Dieser Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) soll im Juli 2012 verhandelt werden. Viele Regierungen haben sich an den Vorbereitungen dazu beteiligt und sich im Juli 2011 auf eine Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen geeinigt, die für einen zukünftigen Vertrag über den Waffenhandel verhandelt werden müssen. Eine Handvoll wichtiger Akteure könnte die Mehrheit der Regierungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die auf die bis 2011 erzielten Erfolge in dem Prozess, der zu einem ATT führen soll, aufbauen wollen, jedoch blockieren. Es herrscht Uneinigkeit darüber, was unter den Begriff „Waffen“ fallen soll, welche Tätigkeiten als „Handel“ zu bezeichnen sind und welche Informationen von Waffenhändlern und -empfängern offengelegt werden müssen. Weitere Faktoren, die auf einer tieferen Ebene eine Rolle spielen, sind unter anderem der internationale Status von Staaten, der kommerzielle Nutzen des Waffenhandels und der Einfluss des Militärs auf Regierungen.

Ein Vertrag, der den Waffenhandel regulieren soll, muss festlegen, welche Waffen den Besitzer wechseln dürfen, wie diese den Besitzer wechseln können, von wem die Waffen kommen und wer sie bekommen darf. Ein Vertrag kann bewaffnete Gewalt verringern, wenn er die Kontrollen der gesamten Kette von Lieferanten, Händlern, Importeuren, Empfängern und Endverbrauchern verbessert. Die besten existierenden multilateralen und nationalen Regulierungen zeigen, dass eine Reform des Waffenhandels möglich ist.

Souveräne Regierungen und die Rüstungsindustrie sind wichtige Akteure in der Erarbeitung eines ATT. Beide tragen eine öffentliche Verantwortung gegenüber den Menschen, die in einer zunehmend vernetzten Welt ein gemeinsames Schicksal teilen. Im ATT geht es um den Handel, jedoch ist der Waffenhandel kein gewöhnliches Geschäft. Dieser Meinung sind auch die meisten Staaten und haben daher auf nationaler Ebene Kontrollen verhängt.

Gleichermaßen übernehmen heute immer mehr Industriezweige Verantwortung für die Wirkungen ihrer Produkte und das sollte auch die Rüstungsindustrie tun. Staaten und Rüstungsfirmen müssen anerkennen, dass die Verhandlung eines ATT eine entscheidende Gelegenheit ist, das weltweite öffentliche Gut zu schützen.

Der Waffenhandel lässt Bedenken aufkommen, die zentrale Elemente des christlichen Glaubens betreffen, wie zum Beispiel der Glaube an die Heiligkeit des Lebens, das Gebot, nicht zu töten und die biblische Ermahnung, den Nächsten zu lieben. In diesem Sinne hat der Oekumenische Rat der Kirchen die Kirchen wiederholt aufgerufen, aktiv zu werden und zum Beispiel Institutionen einzurichten, die Sicherheit herstellen und für das Wohlergehen aller sorgen, den Militarismus zu verurteilen und die Abrüstung zu fördern. 1978, während der ersten Abrüstungs Sondertagung der UNO, verurteilte der OeRK die Art und Weise, wie der Verkauf von Waffen und die Lieferung von Waffen aus reicheren Ländern Konflikte in ärmeren Ländern schüren. 2001 rief die OeRK-Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten die Regierungen im Rahmen einer großen UN-Konferenz zum unerlaubten Handel mit Handfeuerwaffen auf, „den Transfer von Waffen im Kontext von und im Einklang mit den Verpflichtungen der Staaten darunter die Verpflichtung, Waffen für keinen anderen Zweck als zur Selbstverteidigung und nur in dem dazu notwendigen Maße anzuschaffen, die Verpflichtung, die geringstmögliche Verwendung von Geldmitteln für die Aufrüstung sicherzustellen, sowie die Verpflichtung, das Wohlergehen und die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen – zu kontrollieren“. 2005 rief der OeRK-Exekutiv Ausschuss die Regierungen auf, „einen umfassenden und rechtsverbindlichen Vertrag (über den Transfer von Waffen) zu verhandeln“ und „sicherzustellen, dass ein solcher Vertrag über den Waffenhandel klare Kriterien für die Einhaltung und Überprüfung festlegt“. Die OeRK-Mitgliedskirchen wurden ebenfalls aufgerufen, sich für „die Verabschiedung eines wirksamen internationalen Vertrags über den Waffenhandel“ einzusetzen. 2011 bekräftigte der OeRK-Zentralausschuss eine ökumenische Kampagne zum Vertrag über den Waffenhandel.

Kirchen, Kirchenmitglieder und Partnerorganisationen befürworten einen Vertrag, der letzten Endes Leben retten und Gemeinschaften beschützen wird, die durch die aktuellen Handelspraktiken gefährdet sind. Um rechtswidrige bewaffnete Gewalt wirklich reduzieren zu können, muss ein solcher Vertrag stark und effektiv sein. Ein starker ATT muss für alle Arten von konventionellen Waffen gelten. Er muss bereits bestehende Verpflichtungen von Staaten, Leben nach internationalem Recht und anderen internationalen Normen zu schüt-

zen, verstärken. Ein effektiver ATT beinhaltet Regelungen zu Berichterstattung, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Durchsetzung, die dazu dienen, Gemeinschaften, Länder und Regionen zu schützen, die unter einem mangelhaft regulierten Transfer von Waffen leiden.

Die Bestimmungen des Vertrags, die dem Oekumenischen Rat der Kirchen am meisten am Herzen liegen, sind auch für viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Regierungen von großer Bedeutung. Kirchen teilen die Überzeugung, dass der Vertrag die folgenden Bestimmungen beinhalten muss, bei denen der Mensch im Mittelpunkt steht: Staaten müssen rechtlich verpflichtet werden, zu prüfen, ob ein erhebliches Risiko besteht, dass ein bestimmter Transfer von Waffen dazu genutzt werden wird, um grobe Verletzungen der internationalen Menschenrechtsnormen und schwere Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu ermöglichen. Der Vertrag muss von Staaten verlangen, Lizenzen oder andere Genehmigungen zu verweigern, wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass der fragliche Transfer nachhaltige Entwicklung ernsthaft beeinflusst oder Strukturen der geschlechtsspezifischen Gewalt aufrechterhält. Der Vertrag sollte außerdem die Notwendigkeit behandeln, dass Überlebende bewaffneter Gewalt Unterstützung erhalten. Ein ATT muss aufgrund der großen Vielfalt an Waffen und der inhomogenen internationalen Rüstungsindustrie für alle konventionellen Waffen gelten. ...

Der Oekumenische Rat der Kirchen bekräftigt, dass ein Vertrag über den Waffenhandel ein Rechtsinstrument sei, das drei komplementäre Funktionen hat. Erstens muss er den Transfer von Waffen an Staaten unterbinden, in denen die Regierung eine Bedrohung für die eigene Bevölkerung oder andere Staaten ist. Zweitens muss er Handelskontrollen verbessern, damit dort, wo ein hohes Risiko besteht, dass die Waffen erneut exportiert oder an organisierte Kriminelle oder bewaffnete Gruppen weitergegeben werden, der Waffenschmuggel und der Verkauf auf dem Schwarzmarkt eingeschränkt oder unterbunden werden können. Und schließlich muss ein Vertrag über den Waffenhandel Gemeinwesen schützen und Leben retten. ...“

Der OeRK unterstützt die Vereinten Nationen in ihren Bemühungen, das Missverhältnis von Rüstungsausgaben und Ausgaben für wirtschaftliche und soziale Entwicklung anzuerkennen und zu beseitigen.

Sri Lanka: Unterstützung für internationale Untersuchung

Kirchenleiter auf Sri Lanka haben die Forderung des katholischen Bischofs Rayappu Joseph aus Mannar unterstützt, der eine internationale Untersuchung der schweren

Menschenrechtsverletzungen zu Ende des Krieges gegen die tamilischen Rebellen verlangt hat. „Wir sind sehr besorgt über die Einschüchterungsversuche gegenüber Bischof Joseph und die Rufe nach seiner Verhaftung und Bestrafung, erklärte eine Gruppe von mehr als 60 Vertretern von Kirchen und sozialen Bewegungen in Sri Lanka. Die Erklärung wurde als Antwort auf eine Forderung der Partei Sinhala Urumaya Hela (Sinhala Heritage Party) und der National Freedom Front abgegeben, beides Verbündete der Regierung von Sri Lanka, die zur Verhaftung von Bischof Joseph wegen angeblicher Verleumdung der Regierung aufriefen.

In einem Brief an die Menschenrechtskommission der UNO in Genf, hatte Joseph gefordert, die Tötung tausender unschuldiger und unbewaffneter Zivilisten im Jahr 2009 zu untersuchen, als die tamilischen Rebellen durch die Armee Sri Lankas besiegt worden waren. „Wir begrüßen es, dass UNHCR-Mitglieder etwas für den Schutz der Menschenrechte auf Sri Lanka tun wollen, auch wenn es spät kommt, nach so viel Verlust an Leben und großem Leid“, erklärte Bischof Joseph. Die Kommission „Lessons Learnt and Reconciliation“ der Regierung von Sri Lanka hat ihrerseits den Tod von etwa 8000 tamilischen Zivilisten anerkannt. Internationale Beobachter gehen davon aus, dass die Zahl eher bei etwa 40000 liegen dürfte. Ruki Fernando, Koordinator der Gruppe zur Unterstützung von Bischof Joseph, sagte: „Wir sind nicht überrascht über die Forderung, ihn zu verhaften. Wer die Regierung fragt, wird leicht als Verräter angesehen. Die Sinhala-Nationalisten beschuldigen jeden, der sich für die diskriminierte Bevölkerung einsetzt, er sei ein Feind der Nation.“

Israel: Niedrigste Geburtenrate bei Christen

Christen haben die geringste Geburtenrate in der israelischen Bevölkerung, so das Ergebnis eines Berichtes des Zentralen Statistikbüros des Landes. Die Rate bei Christen liegt bei 0,9 Prozent, im jüdischen Sektor bei 1,7 und bei 2,7 unter Muslimen. Dabei liegt die Geburtenrate bei arabischen Christen in Israel bei einem Prozent, bei nicht-arabischen bei 0,7. 154000 BürgerInnen Israels sind heute Christen, etwa zwei Prozent der offiziellen Bevölkerung. Ost-Jerusalem ist dabei als besetztes Gebiet gesondert zu betrachten. Der Prozentsatz an Christen ist seit der Mitte der 1980er Jahr relativ konstant geblieben, so Wadie Abunassar, Berater des Jerusalem Center for Christian-Jewish Relations. Ca. 80 Prozent der Christen, die in Israel leben, sind ethnisch Araber, die übrigen in der Regel Familienangehörige von jüdischen Immigranten, die unter dem Rückkehrgesetz ins Land gekommen sind. Auch die Geburtenrate christlicher Frauen ist die niedrigste

unter den Religionsgruppen: Im Durchschnitt bringt eine Christin 2,1 Kinder zu Welt, eine Muslima 3,8, eine Jüdin 3,0 und eine Drusin 2,5. Obwohl klein an Zahl, haben christlich arabische Studierende seit langem die besten Erfolge bei den Schulabschlüssen, die zum Studium berechtigten.

Ein Problem stellen in Israel die Menschen dar, die illegal ins Land gekommen sind oder das Land nach einem Besuch nicht verlassen haben. Unter ihnen befinden sich zahlreiche Christen in höchst ungesicherten Verhältnissen. Über sie gibt es wenig verlässliches Datenmaterial.

Indigene Völker: „Doktrin der Entdeckung“ verurteilt

Auf seiner letzten Tagung verurteilte der Exekutivausschuss des Oekumenischen Rates der Kirchen die „Doktrin der Entdeckung“, die dazu gedient habe, indigene Völker zu unterwerfen und zu kolonialisieren. Er veröffentlichte eine Erklärung, in der er betonte, diese Doktrin stehe von ihrer Natur her „in grundsätzlichem Widerspruch zum Evangelium Jesu“.

Der Exekutivausschuss veröffentlichte die Erklärung während seines Treffens, das im Februar in Bossey bei Genf stattfand, und rief dazu auf, diese Doktrin zurückzuweisen, die die Versklavung indigener Völker im Namen des Christentums erlaubt habe.

Die Doktrin geht auf die Päpstlichen Bullen zurück, die Papst Nikolaus V. 1452 und 1455 erließ und die die Eroberung und Ermordung indigener Völker erlaubten.

Diese historischen Kirchendokumente mit dem Titel „Dum Diversas“ und „Romanus Pontifex“ riefen dazu auf, Ungläubige zu unterwerfen, zu versklaven und ihren Besitz zu nehmen, der an die christlichen Monarchen übergang. Diese historische Grundlage, heißt es in der Erklärung, hätte unter anderem zur Folge gehabt, dass „Christoph Kolumbus den Auftrag erhielt, ferne Länder ‚zu entdecken und zu erobern‘, ‚zu unterwerfen und in Besitz zu nehmen‘“.

Europäische Länder wie Spanien, Portugal, England, Frankreich und Holland wandten die Doktrin an. Sie fand auch Eingang in die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten und 1823 nahm der Oberste Gerichtshof der USA Bezug darauf, der wiederum von Gerichten in Australien, Kanada und Neuseeland zitiert worden ist. Aus diesem Grund weist der Exekutivausschuss darauf hin, dass „die gegenwärtige Lage der indigenen Völker in aller Welt das Ergebnis eines linearen Prozesses ‚legaler‘ Präzedenzfälle ist, die ihren Ursprung in der Doktrin der Entdeckung haben und in innerstaatlicher Gesetzgebung und Politik kodifiziert wurden“.

Die Erklärung weist die in der Doktrin enthaltene Auffassung zurück, dass „Christen allein aufgrund ihrer religiösen Identität einen moralischen und rechtlichen Anspruch haben, die Gebiete von indigenen Völkern

zu erobern und in Besitz zu nehmen und die indigenen Völker zu beherrschen“.

Die Erklärung bezeichnet die „Doktrin der Entdeckung“ als Menschenrechtsverletzung und bekräftigt das „Recht indigener Völker, im Besitz ihres traditionellen Landes oder Territoriums zu bleiben, dort zu leben, ihre Kultur zu bewahren und zu bereichern“.

Da die „Doktrin der Entdeckung“ das Thema der diesjährigen 11. Tagung des Ständigen Forums für indigene Fragen der Vereinten Nationen (UNPFII) sein wird, unterstreicht der Exekutivausschuss in seiner Erklärung die Notwendigkeit, die Kirchen für diese Frage zu sensibilisieren. Die Tagung des UNPFII wird vom **07.-18.05.2012** in New York stattfinden. Der Exekutivausschuss rief Kirchen und ökumenische Organisationen dazu auf, sich am UNPFII-Prozess zu beteiligen.

UNO: Generalsanierung des UN-Gebäudes in New York

Der UN-Hauptsitz in New York wird ab kommendem Jahr vollständig renoviert. Das 1952 fertig gestellte Gebäude am East River soll dann bis 2014 mit einem Budget von rund 1,9 Milliarden Dollar auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden. Für das in jeder Hinsicht völlig veraltete Gebäude ist schon lange eine Instandsetzung geplant. Die Ausstattung des 39stöckigen Bürokomplexes aus den 50er Jahren war für einen Raumbedarf von 70 Mitgliedsländern ausgelegt. Tatsächlich beherbergen muss es heute 192. Neben einer Beseitigung des Platzmangels müssen alle technischen Einrichtungen, wie Rolltreppen und Aufzüge, die gesamte technische Infrastruktur, die Inneneinrichtung und auch die asbestverseuchten Wände und Fassaden ersetzt werden. Nachdem vor einigen Jahren schon Teile des Dachs auf parkende Fahrzeuge und der Putz auf Delegierte herabgefallen waren kann kaum jemand bestreiten, dass eine Generalsanierung notwendig wird. Der Plan dafür wurde bereits im Jahr 2000 auf den Weg gebracht. Er sieht vor, dass immer 10 Stockwerke saniert werden, sodass die Aktivitäten der Vereinten Nationen nicht zu sehr gestört werden. Den Vereinten Nationen gehen dabei zugleich allerdings die Gelder aus. Die Suche nach zusätzlichen Mitteln gestaltet sich schwierig. Die Mitgliedsstaaten zeigen bisher wenig Neigung oder haben kaum Möglichkeiten, tiefer in die Tasche zu greifen.

Bibelauslegung: „Keine Gewalt mehr im Namen Gottes“

„Vor Gott und unseren Gemeinschaften sind wir verantwortlich gegenüber Juden und Jüdinnen für vergangenen und anhaltenden Antisemitismus, gegenüber PalästinenserInnen seit der Nakba, gegenüber muslimischen Nachbarn angesichts der Islamophobie

und der Nakba auch gegenüber anderen“, erklärten Teilnehmende einer vom OeRK unterstützten Konferenz.

„Von zentraler Bedeutung für eine auf Gerechtigkeit ausgerichtete Auslegung der Bibel ist die Verantwortung“, heißt es in der Erklärung der Teilnehmenden.

Die Konferenz fand im Februar an der Evangelischen Akademie Hofgeismar statt und war vom OeRK und seinem Oekumenischen Forum für Israel/Palästina in Zusammenarbeit mit der EKD und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck organisiert worden. Sie brachte 45 christliche und jüdische Wissenschaftler, Theologen und Studierende aus 15 Ländern zusammen. Gemeinsam widmeten sie sich dem Thema „Gewalt im Namen Gottes? Joshua in sich verändernden Kontexten“.

Das Buch Joshua wurde über viele Jahre benutzt, um Besetzungen und Ausbeutung zu rechtfertigen. Im 16. Jahrhundert wurde es in theologischen Debatten über die Kolonialisierung von Nord- und Südamerika herangezogen und von afrikaanschen Ideologen benutzt, die die Zulu als „schwarze Kanaaniter“ bezeichneten. Auch heute noch wird das Buch von einigen Christen und Juden benutzt, um die Besatzungspolitik Israels zu rechtfertigen.

Diskussionen während der Konferenz zeigten, dass viele begründete Auslegungen des Textes im Buch Joshua möglich sind, wenn sie aus verschiedenen Kontexten heraus betrachtet werden. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass ein hermeneutischer Ansatz, der auf Gerechtigkeit basiert, in der Auseinandersetzung mit diesem Text von entscheidender Bedeutung ist.

Die Erklärung der Konferenz hebt Dietrich Bonhoeffers mühsam gewonnene Erkenntnis hervor, dass die Bibel mit dem „Blick von unten“ zu lesen sei. „Die biblischen Geschichten ermächtigen die Unterdrückten, sich aktiv für die eigene Emanzipation einzusetzen“, schließt die Erklärung.

Neugewählter Bundespräsident: Einladung nach Genf

Der Generalsekretär des OeRK, Olav Fykse Tveit, gratulierte dem neu gewählten deutschen Staatsoberhaupt, Joachim Gauck, in einem Brief und lud ihn ein, den Hauptsitz des OeRK in Genf zu besuchen.

Stimmen aus der ökumenischen Basisbewegung schlagen derweil vor, den neuen Bundespräsidenten zu bitten, in einen Gedankenaustausch darüber einzutreten, die Tradition der „militärischen Ehren“ für und mit dem Bundespräsidenten zu beenden. Dazu wird die Hoffnung ausgesprochen, dass Gauck als ein Repräsentant der friedlichen Wende in Deutschland dieses Zeichen setzen könnte.

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Pressedienste von OeRK, IPS, LWI, RWF, CEC, RNA und KIPA

Aus oekumenischen NETZEN

► Rhein-Mosel-Saar

Rohstoffe – Zeit zur Wende

Vom **19.–24.05.2012** wird sich in Koblenz eine Aktionswoche dem Thema Rohstoffe widmen. Für die damit verbundenen Problematiken soll sensibilisiert und vor allem junge Menschen sollen zum Einsatz gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung mobilisiert werden.

Ob Uran für Atomkraftwerke, Soja für Biosprit, Bauxit für Aluminium, Kohle für Kraftwerke ... Mit dem Abbau von Rohstoffen sind mannigfaltige Probleme verbunden, die häufig gar nicht bewusst sind. Die Darstellung dieser, aber auch der Aufruf zu einer Energiewende sowie die Umsetzung von Aktionsformen sind die Ziele der Aktionswoche.

Die Berliner Compagnie wird am **19.05.2012** mit ihrem Stück „So heiß gegessen wie gekocht“ die Woche eröffnen. Eine Ausstellung des Bonner Konversionszentrums BICC zum Thema wird im Weltladen am Görresplatz gezeigt. Unter dem Titel „Energiewende zwischen infantilen Phantasien und Ernüchterung“ wird Dr. Bruno Kern (www.oekosozialismus.net) am **21.05.2012** einen kapitalismuskritischen Beitrag leisten. Zudem werden Führungen mit Schulklassen und Interessierten angeboten. Am Dienstag, den **22.05.2012**, wird der Film „Yellow Cake“ zum Thema Uranabbau vorgeführt. Mittwochs steht der Rohstoff Bauxit im Mittelpunkt. Hierzu findet eine Podiumsdiskussion mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaft und Zivilgesellschaft statt. Abgeschlossen wird die Woche mit einem Aktionsworkshop am **24.05.2012**, bei dem das erlangte Wissen Ausdruck in kreativen Protestformen finden kann.

Träger der Aktionswoche sind neben dem Oekumenischen Netz u.a. Aktionsbündnis Gerechter Welthandel Gruppe Koblenz, Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche im Rheinland, ASTA der Fachhochschule Koblenz und ASTA der Universität Koblenz, BUND Koblenz, Dekanat Koblenz im Bistum Trier, DGB Koblenz, Greenpeace Koblenz, Kath. Arbeitnehmer-Bewegung (KHG)-Bezirksverband Mittelrhein, Kath. Hochschulgemeinde Koblenz, Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, Weltladen Koblenz.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos, Löhrrstr. 51, 56068 Koblenz
Tel.: 02 61 / 29 68 16 91, info@oekumenisches-netz.de
www.oekumenisches-netz.de

► Westfalen

Gospel und Pilgern

Die ökumenische Basisarbeit in Westfalen bietet u.a. eine Studientagung zur Zukunft der Oekumene in Westfalen unter dem Titel „In einem Boot – Oekumene, Mission, Weltverantwortung“ am **21.05.2012**, 9.30–18.00 Uhr an. Anlass ist die Hauptvorlage der westfälischen Landessynode vor 20 Jahren. Die Tagung findet statt in Dortmund, Reinoldinum.

Anmeldung: elke.schuette@moewe-westfalen.de

Musikalische Beiträge zu „Gospel für eine gerechtere Welt“ verspricht auf dem Gospelkirchentag vom **01.–03.06.2012** in Dortmund eine Kooperation von VKK Dortmund-Werkstatt Oekumene Eine Welt, Brot für die Welt, EED, MÖWe und Creative Kirche

Weitere Informationen: katja.breyer@moewe-westfalen.de

Schließlich wird eingeladen zum „Oekumenisch Pilgern auf dem Sigwardsweg“. Der Pilgerweg vom **08.–10.06.2012** führt über Bad Nenndorf, Rodenberg, Apelern, Obernkirchen bis Bückeberg. Start ist am **08.06.** um 9.00 Uhr in der St. Simeonis-Kirche, Minden.

Weitere Informationen:

christian.hohmann@moewe-westfalen.de

Kontakt: Thomas Krieger, Diplom-Sozialwissenschaftler
Europa- und Öffentlichkeitsarbeit

Amt für Mission, Oekumene und kirchl. Weltverantwortung der Ev. Kirche von Westfalen, Olpe 35

44125 Dortmund, Tel.: +49.231.54 09-77

Fax +49.231.54 09-21, www.moewe-westfalen.de

► Württemberg

Möglichkeiten einer solidarischen Ökonomie

Ökonomische, gesellschaftliche, (friedens-)politische Krisenentwicklungen im Licht der Verfassungsfrage beleuchten – das ist das Thema des Oekumenischen Netzes Württemberg (ÖNW) 2012.

Vor diesem Hintergrund ist die Beschäftigung mit der Konversion von Rüstungsproduktion eine Konsequenz der Friedenskonvokation in Jamaika, genauso wie die Frage nach gerechter Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen, die wir auf einer Demokratietagung im **September 2012** stellen werden. Auf unserer Jahrestagung am **10.11.2012** soll es um die Möglichkeiten einer solidarischen Ökonomie gehen.

Wir wollen im gegenwärtigen Wirtschaftssystem auf der einen Seite offenkundigen Verfassungsverstößen nachgehen, bei denen zukunftsweisende Ansätze unseres Grundgesetzes fehlgedeutet bzw. unterschlagen werden. Das ÖNW warnt auf der anderen Seite vor zu vielen Änderungen am Grundgesetz, auch wenn sie eine solidarische Ökonomie begünstigen sollten.

Für alle diese Fragen wollen wir uns VerfassungsrechtlerInnen als ReferentInnen holen, die uns hierzu beraten können, was aber die Reflexion über unsere Anliegen anhand von biblischen und theologischen Impulsen nicht ersetzen kann. Ziel ist eine fundierte Handlungsempfehlung an unsere Mitglieder.

SYLVIA DIETER und CHRISTOF GROSSE

Kontakt: Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12

74348 Lauffen am Neckar, Tel.: 0 71 33 / 210 68

► Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD)



Bericht aus der EKD-Friedenskonferenz

Die EKD-Friedenskonferenz (abgekürzt: „KfF“ – Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD) tagt einmal im Jahr. Aus allen friedensrelevanten Arbeitsbereichen der EKD kommen benannte VertreterInnen zusammen, tauschen ihre Erfahrungen in der Friedensarbeit aus und stellen neuere Entwicklungen vor, zum Beispiel im Bereich der Friedensfachdienste. Es werden Verbesserungen vorgeschlagen, etwa zur besseren Nutzung des Know-hows der zurückkehrenden Fachkräfte oder zur Unterstützung und Verbreitung des Projekts „Jugendliche werden Friedensstifter“.

Den Vorsitz der Konferenz hat der Ratsbeauftragte für Friedensfragen der EKD, der „Schriftführer“ der Bremischen Kirche, Renke Brahm.

Die Themen, die in der Konferenz behandelt werden und ggf. zu Beschlüssen führen, sind oft die gleichen, die auch die Basisgruppen und die Oekumenischen Netze bearbeiten und vertreten. So auch bei der letzten Konferenz für Friedensarbeit (KfF) vom **23.–24.01.2012** in Mainz:

- ▷ *Unterstützung und Verbreiterung der Basis der „Aufschrei-Kampagne“ für einen Stopp der Rüstungsexporte und für Rüstungskonversion,*
- ▷ *Unterstützung für die OeRK-Kampagne für einen effektiven Waffenhandelsvertrag und für eine atomwaffenfreie Welt.*

- ▷ *Austausch und Vernetzung der Kirchen, die sich auf diesem Gebiet engagieren, Stärkung ihrer Vertretung in der EU und in den Institutionen der UNO.*
- ▷ *Information und Bündelung des Engagements der kirchlichen Arbeit gegen „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ in der neu gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus.*

Ein weiteres Schwerpunktthema war die Kriegssteuerverweigerung, die nach der Aussetzung der Wehrpflicht in den Fokus der Kriegsdienstverweigerung rückt. Denn mit seinen Steuern – den direkten und vor allem auch den indirekten – trägt und finanziert jede/jeder Einzelne das gegenwärtige Militärwesen in dieser Welt mit. Das ist also nicht nur ein deutsches, sondern ein ökumenisches Problem.

Nach dem EKD-Kongress „Kirche der Freiheit“ (2009) wird nun für 2013 ein Kongress „Gerechter Frieden“ angestoßen, in dem die Planungen „im Raum der EKD“ zusammen mit ökumenischen Gästen gebündelt und weiter präzisiert werden sollen. In ähnlicher Absicht entstand aus dem OeNiD die Initiative zu einer 2. deutschen Ökumenischen Basis-Versammlung 2014, die den ökumenischen Prozess „Wie unsere Kirchen zu Kirchen des gerechten Friedens werden“ „von unten“ unterfüttern soll.

Fazit: Es lohnt sich, die Arbeit der KfF zur Kenntnis zu nehmen, in die Gemeinden zu tragen und über die Vertreter in der KfF Anfragen, Impulse und Erwartungen einzubringen!

MICHAEL HELD

Kontakt: OeNiD, Arbeitsstelle Praktische Schritte

Michael Held, Simon-Haune-Str. 15

36251 Bad Hersfeld, Tel.: 0 66 21/62 01 86

a-p-s@gmx.de

► Basisprojekt: Ökumenische Versammlung 2014

Für eine Ökumenische Versammlung vor allem für die ökumenisch engagierten Basisbewegungen hat sich die Vorbereitungsgruppe in mehreren Telefonkonferenzen über inhaltliche Schwerpunkte verständigt. Konsens ist: Es darf und soll um das „Umreißen der großen Problemlagen, vor denen wir stehen“ gehen. Das Entwicklungsmodell des globalen Nordens/Westens gehört gründlich auf dem Prüfstand; und zwar ökonomisch und ökologisch, in Sachen des „Skandals Hunger“, in Sachen Übertragbarkeit auf andere Weltregionen, in Sachen interner und externer Spaltungen von Gesellschaften. Der „Kaputtalismus“ könnte ein Oberthema sein, das die äußeren Grenzen der Logik kapitalistischer Akkumulationsregime und die inneren Grenzen der Deformationen seiner Mitglieder in befreiender Absicht thematisiert. Die Erosion rechtlicher

Werte ist eine weitere Seite dieses Prozesses.

Demgegenüber muss die Attraktivität des christlichen Lebens betont werden, sofern es nicht für sich steht, sondern sich auf das durch den „Kaputtalismus“ hervorgebrachte Leid der Welt bezieht. Eine theologische und biblische Zeitschiene vor Ort wäre deshalb gut. Auch Liturgien und die Suche nach geeigneten Formen von Spiritualität und spiritueller Vergemeinschaftung sind wichtig, wenn sie uns helfen, Lebensthemen zu entdecken. Solidarische Ökonomie und Solidarität mit der Schöpfung wären geeignete Pfade, die den Konziliaren Prozess heute konkretisieren. Klimagerechtigkeit, gerechter Friede und die anstehende „große Transformation“ könnten weitere der gesuchten „Überthemen“ abgeben. Wir brauchen die Ressourcen aller Religionen möglichst gemeinsam, um an die notwendige „große Veränderung“ heranzukommen. Von daher sollte die „Makro-Ökumene“ der Religionen ein durchgehendes Anliegen unserer Versammlung sein.

Als Trägerin des Projekt Ökumenische Versammlung 2014 wird die Stiftung Ökumene angefragt. Das Kuratorium wird später im Jahr dazu eine Entscheidung treffen.

Die Versammlung soll möglichst in der Woche nach Ostern 2014 auf der Burg Rothenfels oder in einer verkehrsgünstig gelegenen Universitätsstadt, etwa Mainz, zusammenkommen.

Kontakt: Peter Schönhöffer, Im Rheinweg 1

55218 Ingelheim, Tel.: 0 61 32/43 40 60

peter.schoenhoeffler@web.de

► ACK



„Jetzt wächst Neues“

Zur dritten bundesweiten Feier des ökumenischen Tages der Schöpfung 2012 lädt die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland zusammen mit der ACK Baden-Württemberg und der ACK Nagold am **07.09.2012** ein. Unter dem Titel „Jetzt wächst Neues“ feiern ChristInnen einen ökumenischen Gottesdienst im Rahmen der Landesgartenschau in Nagold. Die Festpredigt hält der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Freiburg. „Die Bibel spricht an mehreren Stellen vom ‚Wachsen‘ besonders im Zusammenhang mit dem Reich Gottes“, meint Erzbischof Radu Constantin Miron, Mitglied des Vorstandes der Bundes-ACK und der Vorbereitungs-

gruppe. Die Impulse aus den biblischen Texten zu „Wachsen“ und „Neues“ sollen sich auch in den Elementen des Gottesdienstes: Lobpreis des Schöpfers, Umkehr wegen des menschlichen Vergehens an der Schöpfung und Ermutigung zu konkreten Schritten wiederfinden. „Wir freuen uns auf die Auslegung durch Erzbischof Zollitsch“, so Erzbischof Miron. Zu der ganztägigen Veranstaltung im Rahmen der Landesgartenschau werden etwa 500 Gäste erwartet. Die Bundes-ACK erarbeitet gemeinsam mit der ACK Baden-Württemberg ein Materialheft mit einem Gottesdienstentwurf und liturgischen und pädagogischen Bausteinen zum Motto des ökumenischen Tages der Schöpfung 2012.

Ökumenepreis der ACK 2013

In diesem Jahr wird zum ersten Mal der Ökumenepreis der ACK ausgeschrieben. Mit ihm sollen Projekte und Initiativen ausgezeichnet werden, die zur Einheit der Christen beitragen und ein gemeinsames Engagement von ChristInnen verschiedener Konfession fördern. Der Ökumenepreis ist mit 3000,- Euro dotiert. Die Schirmherrschaft hat der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Pfarrer Dr. Olav Fykse Tveit (Genf), übernommen. Bewerbungsschluss für den Ökumenepreis 2013 ist der **30.09.2012**.

Nähere Informationen unter

www.oekumenepreis-der-ack.de

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK)

Ludolfusstr. 2-4, 60487 Frankfurt am Main

Tel.: 069/24 70 27-0, info@ack-oec.de

► Friedensgebetsgruppen

Gerechter Frieden mit der Erde – damit das Leben erhalten wird

Von Freitag, **31.08.**, bis Sonntag, **02.09.2012** treffen sich die christlichen Friedensgebetsgruppen zu ihrer 17. bundesweiten Jahreszusammenkunft. Nachdem 2011 das süddeutsche Schorndorf Gastgeber war, geht die Einladung heuer von der schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel aus. Neben einem Friedensweg durch Kiel steht ein Hauptvortrag von Prof. Dr. Latif auf dem Programm: Zur friedensstiftenden Wirkung der Wissenschaft am Beispiel der Klimaforschung. Arbeitsgruppen befassen sich mit „Kirche für Klima“, vorgestellt wird die Klimakampagne der Nordkirche, „Vision 2050: CO₂-freie Kirche; „Leere Netze“!?, Fischerei zwischen Globalisierung und Meeresschutz, Überfischung durch die Fischerei-Industrie und ihre Auswirkung auf die lokale Fischerei, Wanderbewegung durch Klimawandel und Armut, Flüchtlingspolitik Europas: Abschottung durch Frontex;

KlimaSail 2011/12: Jugendliche untersuchten auf dem Segelschiff „Zuversicht“ die Auswirkungen des globalen Klimawandels auf die Ostsee; militärische Auswirkungen des Klimawandels, Klimasicherung; Klimawandel bedroht das Leben Theologische Reflexionen aus Sicht der Kirchen im Süden. Am **02.09.2012** wird ein Gottesdienst gefeiert, bei dem Pfarrer i.R. Christian Führer die Predigt hält.

Anmeldungen werden bis zum **15.05.2012** an unten angegebene Kontaktadresse erbeten.

Kontakt: Ulrich Zoch, Zastrowstrasse 28, 24114 Kiel
Tel. 0431/55 23 02, ulrich.zoch@arcor.de

► Versöhnungsbund



Entschädigungen für Opfer des Irak-Krieges

Der deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes fordert nach dem Abzug der US-Truppen aus Irak Entschädigungen für die Bevölkerung des Zweistromlandes von den beiden hauptverantwortlichen Ländern USA und Großbritannien.

Mit massiven Kriegslügen wurde die Intervention begründet, die offenbar die Kontrolle über die riesigen Ölvorräte Iraks als eigentliches Hauptziel hatte.

Mehr als 100 000 Menschen wurden in Irak seit 2003 getötet, viele Tausende an Körper und Seele verwundet. Die angerichteten Verwüstungen an der Infrastruktur des Landes liegen im mehrstelligen Milliarden US-Dollar-Bereich.

Noch auf Jahrzehnte hin werden Generationen an den Folgen des Krieges, so zum Beispiel an den Kontaminationen durch angereichertes Uran zu leiden haben.

Angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen wie im Gefängnis Abu Ghraib oder Kriegsverbrechen wie in Falludscha fordert der Versöhnungsbund die Regierungen in Washington und London auf, einen Fonds bereit zu stellen, um die irakischen Opfer dieses Krieges zu entschädigen. Dessen Höhe sollte in einem angemessenen Verhältnis zu den Kosten des Krieges stehen, die allein für die USA auf mindestens 800 Milliarden US-Dollar beziffert werden.

Zivilgesellschaftliche Wachsamkeit

Als Thema hat sich der Versöhnungsbund „Zivilgesellschaftliche Wachsamkeit: sehen – hören – widersprechen“ vorgenommen. Es

soll im Zentrum der nächsten Jahrestagung vom **17.–19.05.2012** im KiEZ Arendsee (Am Lindenpark 4–7, 39619 Arendsee) stehen.

Zivilgesellschaftliche Wachsamkeit ist eine wesentliche Haltung im Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit. Sie ist Ausdruck einer Sensibilität für gesellschaftliches Unrecht sowohl innerhalb des Bereiches der Zivilgesellschaft als auch im Verhältnis zum Staat.

Es geht um die Fähigkeit und den Mut zu sehen, was gerne übersehen wird – etwa die Diskriminierung und Ausgrenzung von Minderheiten und generell der Schwachen – zu sagen, was nicht gerne gehört wird – zum Beispiel die Offenlegung von Korruption, das Fehlverhalten von Vorgesetzten und Leitungspersonen in Wirtschaft und Staat – aufzustehen, wo Widerspruch und Widerstand angesagt sind.

In Vorträgen und Arbeitsgruppen soll vor allem das beispielhafte Verhalten von einzelnen und kleinen Gruppen vorgestellt werden, die diese Wachsamkeit leben.

Kontakt: Internationaler Versöhnungsbund Deutscher Zweig e.V., Geschäftsstelle: Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Tel.: 05 71 / 85 08 75, Fax: 8 29 23 87
vb@versoehnungsbund.de, www.versoehnungsbund.de

► Akademie Solidarische Ökonomie

„Das Ende der Herrschaft des Geldes“

Bei der Plenartagung vom **10.–12.02.2012** in Göttingen wurde eine Geschäftsordnung beschlossen und ein Leitungsteam gewählt. Ihm gehören der Geschäftsführer Norbert Bernholt sowie Harald Bender und Bernd Winkelmann an. Der neue Koordinationskreis hat 14 Mitglieder. Arbeitsschwerpunkte sind: Theoretische Grundlagenarbeit mit den Unterthemen „Systemische Zusammenhänge“, „Menschenbild und Arbeits- und Sozialkultur“ und „Geldwesen/Finanzwesen“; Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit; Kontakte, Netzwerke und politische Bewegungsarbeit; Projekte und Regionalgruppen.

Der Jahresplan für 2012 wurde erstellt. Für den **17.04.** ist in Hamburg eine Podiumsdiskussion zur Gemeinwohlökonomie mit Christian Felber und Wolfgang Kessler geplant.

Vom **12.–14.10.** findet in Bischofsrod eine Fachtagung mit Christian Felber statt. Vom **16.–18.11.** wird auf Burg Bodenstern ein Wochenendeseminar zum Thema „Ansätze, Bausteine SÖ“ abgehalten. Die Plenartagung der Akademie zum Thema „Das Ende der Herrschaft des Geldes“ ist für den **23.–25.11.** vorgesehen.

Kontakt: Norbert Bernholt, Am Butterberg 16
21335 Lüneburg, Tel.: 0 41 31 / 7 21 74 50
nbernholt@t-online.de

► Ökumenische Initiative Eine Welt



Neue Internetseite der Erd-Charta

Auf der bildreichen neuen Internetseite www.erdcharta.de finden sich umfangreiche Informationen über die Erd-Charta und die aktuellen Aktivitäten der Erd-Charta Initiative in Deutschland. Ob zu Schwerpunktthemen wie Rio plus 10 und Green Economy, ob zu den aktuellen Jugendprojekten oder zu Bildungsmaterialien: jeder und jede, die in Stadt und Land etwas verändern möchte, in der Schule mit der Erd-Charta arbeiten oder einfach privat etwas zur Erd-Charta wissen möchte und nach Anregungen, Projektideen oder Gleichgesinnten sucht, wird sie auf der Internetseite finden. Die neue Website bietet interaktive Möglichkeiten: es kann gebloggt, im Forum diskutiert und sich mit Menschen in aller Welt zu den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ausgetauscht werden.

Erd-Charta Praxishandbuch mit CD

Das praxisnahe Buch mit vielen Fotos stellt Methodenbausteine, Spiele, Aktionen und Planspiele für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vor. Welches sind die eigentlichen Werte einer nachhaltigen Entwicklung und einer erdverträglichen Lebensweise? Eine Änderung unserer Lebensstile setzt eine Änderung unserer Einstellungen voraus, das heißt einen tief greifenden Bewusstseinswandel.

In das Buch sind mehr als 10 Jahre Erfahrungen mit Erd-Charta-Workshops in vielen hundert Gruppensituationen eingeflossen.

Die Methoden sind für die Arbeit mit unterschiedlichsten Ziel- und Altersgruppen geeignet. Sie sind so aufbereitet, dass sie selbstständig durchgeführt werden können.

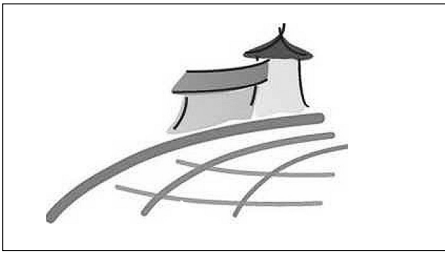
Die beigelegte CD-ROM enthält ausführliche Zusatzmaterialien, mit Beispielen von Projekttagen und Seminaren, sowie Arbeitsblätter und Powerpoint-Basisvorträge für die Bildungsarbeit mit der Erd-Charta.

Die Methodenbausteine ermutigen, selber aktiv zu werden für Gerechtigkeit, Frieden und ökologische Ganzheit.

Das 120-Seiten starke farbige Buch kann für 12,50 EUR bei der Ökumenischen Initiative Eine Welt e.V. bestellt werden.

Kontakt: Ökumenische Initiative Eine Welt
Mittelstr. 4, 34474 Wethen, Tel.: 0 56 94 / 14 17
info@oeciw.de, www.erdcharta.de

► Initiative Kirche von unten (IKvu)



Forderung nach einem neuen Sozialwort der Kirchen

Die Jahreskonferenz des Oekumenischen Netzwerks „Initiative Kirche von unten“ (IKvu) befasste sich in Hannover mit mehreren Themen, darunter der Dialoginitiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Reformationsdekade der EKD und der Initiative für ein zweites Oekumenisches Sozialwort der Kirchen.

Mit Hans-Georg Hunstig, Sprecher des Sachbereichs „Pastorale Grundfragen“ im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), diskutierten die Delegierten äußerst kontrovers den Dialogprozess der Deutschen Bischofskonferenz. Herbert Koch skizzierte schließlich das Reformationsjubiläum in ökumenischer und zugleich selbstbewusst protestantischer Perspektive.

Die Versammlung votierte für ein verstärktes Engagement zugunsten eines zweiten Gemeinsamen Sozialwortes der Kirchen. Den Rückzug auf „eine Taktik kleiner Sozialworte in ökumenischer Trennung“, die aufgrund der Verweigerungshaltung der Deutschen Bischofskonferenz von der EKD akzeptiert wurde, kritisierte die Versammlung als Offenbarungseid angesichts der massiven sozialpolitischen Probleme.

„Die Beschäftigung mit internen Problemen wie sexuelle Gewalt und Priestermissbrauch dispensiert nicht von einer Antwort auf die sozialpolitischen Herausforderungen. Solch eine Antwort kann heute nur ökumenisch und basiskompetent Glaubwürdigkeit beanspruchen – jede konfessionelle Eigenprofilierung gerade in diesen Fragen verstärkt die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit der Kirchen“, so Bernd Hans Göhrig, Bundesgeschäftsführer der IKvu.

Neu gewählter Sprecher ist Andreas Seiverth (61), Bundesgeschäftsführer der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE). Der Germanist und wissenschaftliche Mitarbeiter im Comenius-Institut folgt in diesem Amt dem Frankfurter ehrenamtlichen Präses Wolf Gunter Brüggemann-Friedeborn nach.

Kontakt: Oekumenisches Netzwerk Initiative Kirche von unten (IKvu), Oscar Romero-Haus Heerstr. 205, 53111 Bonn

Bernd Hans Göhrig, Bundesgeschäftsführer mobil 01 79 / 5 24 40 75

Dr. Uwe-Karsten Plisch, mobil 01 76 / 5 02 60 99

► Oekumenisches Forum Christlicher Frauen in Europa

Egeria – ein Frauenpilgerweg

„Ich bin ziemlich neugierig“, schreibt Egeria, eine Frau aus dem 4. Jahrhundert, in dem ältesten erhaltenen Pilgerbericht einer Frau im christlichen Kontext. Etwa 9000 Kilometer hat sie pilgernd in mehr als drei Jahren zurückgelegt. Ihr Ziel war Jerusalem, ihr Ausgangspunkt: Galizien in Nordspanien. Wirklich bekannt ist nur der innere Ausgangspunkt ihrer Pilgerschaft: ein Frauenkonvent, dem sie angehörte. Ihren „verehrten Damen und Schwestern“ schreibt sie einen Reisebericht als Brief mit der Absicht, „ihnen vom Leben der Heiligen und ihren Gottesdiensten und Gebräuchen“ im Lande der Bibel zu berichten. Der zweite, erhaltene Teil ihres Reiseberichtes ist ein Zeugnis der frühen Liturgiegeschichte. Hier beschreibt sie die Jerusalemer Gottesdienste, den Ablauf der Stundengebete und die Feste im Jahreskreis. Sie erkundete die Praxis des Glaubens vor Ort. Als Vermittlerin zwischen den östlichen und westlichen Traditionen des Christentums ist sie eine Oekumenikerin der frühen Stunde.

Nach mehr als 1500 Jahren gehen wir mit dem Egeria-Projekt diesen Weg nach. Es ist ein ökumenisches Frauenpilger-Projekt, das in zehn Jahren durch 13 Länder Europas und des Nahen Ostens führt, beginnend 2005 von Nordspanien pilgern wir jedes Jahr einen Abschnitt dieses europaweiten Weges. Im Jahr 2015 soll der Pilgerweg in Jerusalem zum Ziel kommen. Träger dieses Projektes ist das Oekumenische Forum Christlicher Frauen in Europa, Bereich Deutschland e.V.

Die Gestaltung ökumenischer Begegnung entlang des Weges, die spirituelle Weggemeinschaft von Frauen unterwegs und die Mitgestaltung des Einigungsprozesses in Europa aus der Sicht von Frauen sind Ziele des Projektes.

Die Teilnehmerinnen verstehen sich als Wegbereiterinnen eines sich einenden Europas und als Grenzgängerinnen zwischen West und Ost, zwischen verschiedenen Kulturen und Konfessionen. So werden Fragen der Versöhnung, der sozialen Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen, aber auch die jeweils spezifischen Probleme der besuchten Region im Gespräch aufgegriffen und in Nachfolgeprojekten bearbeitet. 2011 führte die 7. Etappe des Egeria-Weges durch Bulgarien.

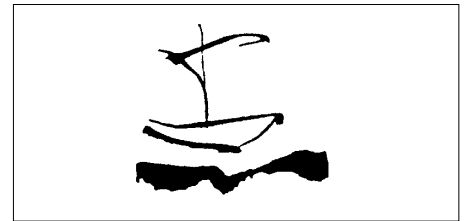
Die Begegnungen mit muslimischen Gläubigen werden die Egeria-Pilgerinnen auf der folgenden Etappe intensiv begleiten, die im September/Oktober 2012 durch die Türkei und damit erstmals durch ein nicht christlich geprägtes Land führt.

Weitere Informationen unter www.egeria.eu

Kontakt: Carola Ritter, Projektkoordinatorin

Dr. Elisabeth Bücking, Saalenbergstr. 7, 79294 Sölden
Tel.: 0761/40 75 90, ebuecking@sirmadars.de

► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft



Konsultationsprozess und Oekumenische Versammlung 2014

Die Jahrestagung im Februar in Mannheim zum Thema „Ohne Klimagerechtigkeit kein Frieden“ war gut besucht und hat das PLÄDOYER darin bestärkt, weitere Schritte zu unternehmen, damit das Thema Klimagerechtigkeit in Busan 2013 in den Fokus der Überlegungen gerückt wird. Die wichtigsten Beiträge für die Tagung, darunter eine große Rede von Bärbel Wartenberg-Potter zur Schöpfungstheologie, sind auf der Website www.plaedoyer-ecu.de zu finden.

Der Fortsetzungsausschuss hat beschlossen, zwei AGs einzurichten. Eine „AG Strategie und Struktur“ soll sich mit den praktischen Folgerungen aus dem Klima-Memorandum befassen, sich an dem vom kirchlichen Herausgeberkreis des Jahrbuchs Gerechtigkeit initiierten „Ökumenischen Konsultationsprozess Menschen – Klima – Zukunft. Wege zu einer gerechten Welt“ beteiligen und an einer Aktualisierung des Klima-Memorandums arbeiten. Eine „AG Theologie“ soll die theologische Grundlegung des Klima-Memorandums vertiefen und verstärken und dabei auch die dort stark hervorgehobene Schuldfrage im Blick haben.

Das PLÄDOYER wird sich in Zusammenarbeit mit der Deutschen Ostasien Mission (DOAM) und der EKD an der Vorbereitung der deutschen Delegierten für Busan beteiligen.

Für den Sommer 2013 ist eine Ökumenische Sommeruni geplant, die sich primär an Menschen wendet, die sich Kenntnisse über die Geschichte und heutige Möglichkeiten der verfassten Ökumene verschaffen wollen.

Außerdem bringt sich das PLÄDOYER schon jetzt in die Vorbereitung der für 2014 geplanten Oekumenischen Versammlung ein.

Kontakt: PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft
Geschäftsführer Pfr. i. R. Werner Gebert, Banweg 14
72131 Ofterdingen, Tel.: 074 73 / 95 98 98
Fax: -95 98 94, euw.gebert@t-online.de

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burgthann
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen
in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Tel.: 01 75 / 9 09 32 89
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozess
Hermann de Boer
Am Kirchhofe 4a
D-30952 Ronnenburg

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz
(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos
Löhrstr. 51, D-56068 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Pfr. Dieter Endemann
Domstr. 62, D-50668 Köln
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@geonet.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum
Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe
Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45
A-P-S@gmx.de

Förder mit glied schaft

bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den

OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST

sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST
Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint in freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland